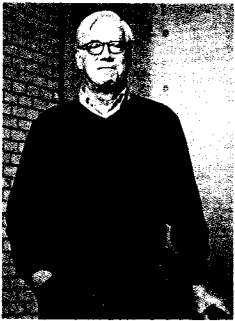


Das Freihandelsabkommen TTIP – Ausverkauf der Demokratie

Wie Konzerne Verbraucherrechte aufs Abstellgleis schieben wollen



*Ein Kommentar
von Thilo Bode,
Geschäftsführer
von foodwatch*

Je mehr von den geheimen Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der Europäischen Union und den USA durchsickert, desto ungeheurer wird dieses Vorhaben. Was dort unter dem Vorwand von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen geplant wird, ist nicht weniger als die praktische Abschaffung von demokratischen Mindeststandards und mühsam erkämpften Verbraucherrechten.

Seit 2013 verhandelt die EU-Kommission mit Vertretern der USA über eine gemeinsame Freihandelszone – schleppend zwar, aber bislang scheint man an diesem Projekt festhalten zu wollen. Handelshemmnisse sollen im großen Stil beseitigt, Standards angeglichen werden. Kurz: Einem unbeschränkten Austausch von Waren über den Atlantik soll bald nichts mehr im Wege stehen.

Die Politiker werden indes nicht müde zu versprechen, Verbraucherrechte würden dabei nicht angetastet. Jedoch: Unsere Rechte werden – gehen die Pläne auf – Konzerninteressen geopfert. Dabei ist das Versprechen der Politiker,

europäische Verbraucherschutzstandards würden nicht gesenkt, ein Trick. Denn die eigentliche Gefahr ist: Die notwendige Stärkung unserer Rechte als Verbraucher ist dauerhaft gefährdet. Es wird Schluss sein mit weitergehenden Verbraucherwünschen nach Transparenz, ehrlicher Herkunftskennzeichnung oder der Nährwertampel. Eine vollständige Kennzeichnung von Gentechnologie rückt in weite Ferne. Alles Dinge, für die es in Europa künftig eine Mehrheit geben könnte – vor deren Umsetzung die Gesetzgeber aber zurückschrecken würden. Warum?

Paralleljustiz für Unternehmen

Weiterentwicklungen im Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutz, die den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen gefährden, könnten von den Konzernen dank des Freihandelsabkommens gestoppt werden. Sie könnten private Schiedsgerichte anrufen – quasi eine Art Paralleljustiz – und ganze Staaten auf Schadenersatz verklagen, weil Schutzstandards ihre Investitionen gefährden. Das ist leider kein Scherz. Wenn Sie so wollen: Konzerne könnten durch das TTIP Staaten dazu zwingen, auf schärfere Gesetze zu verzichten oder diese zurückzunehmen. Die ohnehin große Macht der Konzerne würde vertraglich zementiert, die Demokratie außer Kraft gesetzt.

Auch das in Europa mühsam erkämpfte Vorsorgeprinzip ist bedroht. In Europa rechtfertigt der begründete Verdacht auf Schädlichkeit das Verbot eines bestimmten Produktes. In den USA gilt: Solange die Schädlichkeit eines Stoffes nicht zweifelsfrei bewiesen wurde, ist er erlaubt.

Die möglichen Folgen möchte man sich eigentlich gar nicht erst ausmalen.

Eine Million Unterschriften in Europa

Wir bei foodwatch beteiligen uns seit Monaten an der Debatte über das Freihandelsabkommen. Wir sind weder Gegner von Freihandel noch Amerika-Feinde – aber das derzeit geplante Abkommen darf so nicht in Kraft treten. Medien und Bevölkerung – die meisten beobachten die Pläne mit Sorge. Das ist unsere gemeinsame Chance: Im Zusammenschluss mit 150 anderen europäischen Organisationen haben wir in Brüssel bei der Europäischen Kommission eine „Europäische Bürgerinitiative“ (EBI) angemeldet. Die klare Forderung: Das geplante Freihandelsabkommen darf nicht kommen. Wird die EBI zugelassen, müssen europaweit mindestens eine Million Unterschriften gegen das TTIP gesammelt werden. Wir sind der festen Überzeugung: Das ist zu schaffen! Und wenn wir die erforderlichen Stimmen zusammenkriegen, ist die Kommission gezwungen, sich mit der Bürgerinitiative zu befassen – dann haben wir endlich einen Fuß in der Tür.

Es darf nicht sein, dass Verbraucherrechte von 800 Millionen Menschen auf beiden Seiten des Atlantiks Konzerninteressen geopfert werden. Und wir alle müssen uns dagegen wehren, dass durch das Abkommen Verbraucherrechte und demokratische Grundregeln ausgehöhlt werden. ©

Sie wollen noch mehr über die „Europäische Bürgerinitiative“ (EBI) erfahren:
www.stop-ttip.org